

# "Gerüchte" über verschiedene Vergünstigungen beim Bund

Autor(en): **Sautter, Erwin A. / Pini, Elena-Sophia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 23

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-610581>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Erwin A. Sautter

# «Gerüchte» über verschiedene Vergünstigungen beim Bund

Gibt es in der Schweiz Privilegien? Dieses Problem bedarf des Nachdenkens, vor allem auch deshalb, weil seit dem 22. September 1992 eine Interpellation von Nationalrat Walter Steinemann und 18 Mitunterzeichnern auf die Beantwortung durch den Bundesrat harrt.

Der Bundesrat hat unseres Wissens bis heute mit der Beantwortung der Fragen nach «Privilegien beim Bund» noch etwas zugewartet, da im Augenblick ja noch einige andere kleinere Anliegen zu behandeln sind, bevor eines der sieben Mitglieder die Nase in die Gerüchteküche über dem Bärengraben steckt.

Herr Steinemann stellt in seiner Anfrage indessen ein Kursieren «verschiedener Gerüchte über Vergünstigungen und Privile-

gien von Beamten des Bundes und seiner Regiebetriebe in der Öffentlichkeit» fest. Er rügt die fehlende Transparenz und ruft nach «vollständiger Information» des Parlaments und des Volkes über diese doch sehr privaten Angelegenheiten wie

- Hypothekendarlehen zu besonders günstigen Bedingungen für den Erwerb eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung;

- Vergütung von Sprachunterricht;
- Autofahrunterricht auf Kosten der Verwaltung;
- Benützung von Verkehrsmitteln (Bahn, Bus, Schiff, Flugzeug usw.) zur halben Taxe oder gratis;
- Telefonanschlüsse zu Hause, wofür die Abonnementsgebühr von der Verwaltung übernommen wird. Erlass der Telefon-Abonnementstaxen für alle Beamten und ständigen Angestellten der PTT;
- Privatfahrzeuge für Spitzenbeamte und Magistrats-Personen (nebst privater Benützung von Dienstwagen mit Chauffeur);
- kostenloses Fliegen für Beamte und Magistratspersonen sowie deren Angehörige auch zu privaten Zwecken auf dem ganzen Netz der Swissair, private Benützung bundeseigener Flugzeuge usw.

Der Bundesrat muss sich dieser Sache natürlich gründlich annehmen, um ja keines der Vorrechte beim sorgfältigen Auflisten zu vergessen, wie auch die vielen Briefsachen, die mit dem Freisiegel «Pauschalfrankiert/Affranchi à forfait» in der linken oberen Kuvertdecke und mit Inhalten aller Art Amtsstuben still und heimlich verlassen, sei's per «A-Prioritaire» oder eben nur bei B-Post – aber jedenfalls gratis. (Bei kantonalen Amtsstellen ist übrigens das «Pauschalfrankiert» nicht weniger üblich.)

Um der weiteren Gerüchtebildung einen Riegel zu schieben und dem Bundesrat die Beantwortung der Interpellation Steinemann zu erleichtern, ist heute im Sinne der Arbeitsbeschaffung und des sozialen Ausgleichs von einer allfälligen Beschneidung oder gar Abschaffung der Privilegien für Parlamentarier, Magistratspersonen und Bundesbeamte dringend abzuraten und dem Bundesrat zu empfehlen, die bestehenden Vorrechte auf die gesamte Bevölkerung auszuweiten. Gerechtigkeit hat eben ihren Preis. Die Schweiz würde damit endlich wieder zum Musterstaat der Welt aufrücken: zum Land der EG- und EWR-freien 6 500 000 Privilegierten, das wirklich existiert – trotz aller Sevilla-Schwanengesänge über Tellens Abgang.



**Den Geldbeschaffern zur Erinnerung: Geld stinkt nicht!**